



### Österreich:

---

## **AKP beginnt bereits jetzt mit Wahlkampf in türkischen Communities**

Obwohl erst Mitte nächsten Jahres turnusmäßig die nächsten Parlaments- und Präsidentenwahlen in der Türkei stattfinden werden, scheint die regierende AKP und damit auch Präsident Erdogan bereits zu beginnen, Wahlkampf in der europäischen Diaspora durchzuführen. Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise am Bosphorus, zusammen mit der russischen Invasion in der Ukraine sind Gründe dafür, warum sich die Partei nicht mehr sicher sein kann eine breite Mehrheit in der Türkei hinter sich zu haben.

Daher organisierte die AKP-Schwesterorganisation in Österreich eine mehrtägige Werbetour hochrangiger Vertreter der Erdogan-Partei. AKP-Abgeordnete zusammen mit Mitgliedern der Regierung besuchten türkische Vereine, Geschäfte und Bildungseinrichtungen in Wien. Der Besuch bei „Maarif“ im Wiener Gemeindebezirk Ottakring zum Beispiel zeigt das Bemühen um eine nachhaltige Sicherung des Einflusses auf die türkische Gemeinde.

Bei der als Nachhilfeeinrichtung eingetragenen GmbH scheint der wahre Tätigkeit eher im religiös-politischen Bereich zu liegen: Alleingesellschafterin ist die Maarif-Stiftung mit Sitz in Istanbul, welche eine Gründung der türkischen Regierung zwecks Eindämmung der Gülen-Bewegung, darstellt.

„Unsere Stiftung gibt das Wissen, das aus der Tradition der Wissenschaft und der Weisheit Anatoliens stammt, an junge

Menschen in der ganzen Welt weiter. So trägt sie dazu bei, tugendhafte und qualifizierte Generationen heranzuziehen“, so Präsident Erdogan über die Stiftung.



Maarif-Österreich wird laut Recherche österreichischer Medien von Bülbül Ersoy geleitet, einem früheren Funktionär der Islamischen Föderation (IF), dem regionalen Ableger der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Dokumentiert ist ein Treffen in der Wiener IF-Zentrale im Sommer 2021, bei dem sich Ersoy, Yusuf Yildiz von der türkischen Botschaft und IF-Bildungsbeauftragter Ali Kaya „über die Bildung der österreichischen Türken“ austauschten. Auch die Türkisch Islamische Union (Atib), die wie Milli Görüs nur religiöse Interessen zu vertreten vorgibt, taucht im Netzwerk von Maarif auf.

Der Erfolg bei den letzten landesweiten Wahlen in der Türkei wurde nicht unmaßgeblich von UnterstützerInnen der AKP aus dem Ausland, darunter besonders aus Deutschland, Frankreich, Skandinavien und Österreich erreicht. Die türkische Diaspora könnte somit entscheidend sein für das politische Überleben von Erdogan und seiner Partei.

## Türkei

### **Neue türkische Politik gegen die Muslimbruderschaft nach Erdogans Besuch am Persischen Golf**

Die Ankündigung der Schließung des Senders „Mekameleen“ der Muslimbruderschaft in der Türkei sowie die Rücknahme der Sendelizenz zeigen den Versuch der Erdogan-Regierung, die Beziehungen zu Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten nachhaltig zu verbessern.



Mit der Muslimbruderschaft verbundene Fernsehsender, die von der Türkei aus operierten, waren Teil von Ankaras Propagandaarsenal gegen Ägypten und die arabischen Golfstaaten. Ab 2018 setzte Ankara die Medienpolitik auch dazu ein, um Saudi-Arabien anzugreifen und unter Druck zu setzen, indem es versuchte, den Fall des ermordeten Journalisten Jamal Khashoggi zu seinem Vorteil zu nutzen.

Nun strebt Ankara, auch getrieben von der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise im Land eine Versöhnung mit Kairo, Riad und Abu Dhabi an. Dazu gehörte wohl auch die öffentlich bemerkbare Distanzierung von der Muslimbruderschaft.

Erdogan versucht nun, die Beziehungen nicht nur zu Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, sondern auch zu Ägypten weiter zu stärken, selbst wenn dies bedeutet, die regionalen

Propagandaoperationen der Muslimbruderschaft weiter zu untergraben.

Im März hatte Ankara bereits einen Ideologen der Muslimbruderschaft, Yasser Al-Omda, aufgefordert, das Land zu verlassen, nachdem dieser im TV Erklärungen gesendet hatte, in denen er die Politik Kairo kritisierte und zu einer „Volksrevolution“ in Ägypten aufrief.

### **Menschenrechtsaktivist Kavala in zu lebenslanger Haft verurteilt**

Ein türkisches Gericht hat den Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala wegen Unterstützung der Massenproteste von 2013 zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht befand den 64-jährigen Unternehmer und Philantropen am Montag für schuldig, den Sturz der Regierung versucht zu haben und schloss die Möglichkeit einer Entlassung auf Bewährung aus. Sieben weitere Angeklagte wurden zu bis zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

In seiner Abschlusserklärung wies Kavala die Anklage einmal mehr zurück. Die Vorwürfe gegen ihn seien nicht plausibel. Er habe nicht mehr getan, als den



Demonstranten Gebäck und Gesichtsmasken zu bringen. Es sei ein unwiederbringlicher Verlust für ihn, dass er bereits viereinhalb Jahre im Gefängnis verbracht habe. „Mein einziger Trost ist die Möglichkeit, dass meine Erfahrungen zu einem besseren Verständnis der schwerwiegenden Probleme des Justizwesens beitragen“, sagte er. Amnesty International kritisierte die Verurteilung als „reinste Willkür“. Kavalas Anwälte kündigten an, in Berufung zu gehen.

Kavala war per Video zugeschaltet und saß mehr als vier Jahre ohne Urteil im Gefängnis. 2020 war er von der Anklage im Zusammenhang mit den Protesten um den Gezipark in Istanbul freigesprochen worden. Er wurde jedoch wegen anderer Vorwürfe sofort erneut in Haft genommen. Später wurde auch der Freispruch aufgehoben.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat 2019 geurteilt, Kavala werde zu unrecht inhaftiert, um ihn und andere Menschenrechtler zum Schweigen zu bringen. Die Anklage gegen ihn werde nicht durch Beweise gestützt. Die Türkei argumentiert, die fortgesetzte Haft Kavalas stütze sich auf Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Putschversuch von 2016.

## Europarat

---

### **Präsident der Parlamentarischen Versammlung verurteilt Urteil gegen Kavala**

Als Reaktion auf die Verurteilung von Osman Kavala zu einer verschärften lebenslangen Haftstrafe gab Tiny Kox, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), folgende Erklärung ab:



„Ich bin zutiefst enttäuscht über die lebenslange Haftstrafe, die Osman Kavala gestern von einem Gericht in Istanbul verhängt wurde.

Die Tatsache, dass er fast fünf Jahre in Untersuchungshaft verbracht hat und nun aufgrund eines Gerichtsverfahrens, das als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention festgestellt

wurde, zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, ist schockierend.

Ich erinnere daran, dass das Scheitern der Vollstreckung des Urteils des Straßburger Gerichtshofs im Fall Osman Kavala das Ministerkomitee des Europarats dazu veranlasste, den Fall gemäß Artikel 46 Absatz 4 der Konvention an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verweisen.

Herr Kavala sollte ohne weitere Verzögerung freigelassen werden.“

In seiner Entscheidung von Dezember 2019 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits fest, dass die Festnahme und Untersuchungshaft von Osman Kavala ohne Beweise für einen begründeten Verdacht erfolgte, dass er eine Straftat begangen hatte (Verstoß gegen Artikel 5 § 1 der Konvention) und dass es auch einen anderen Zweck verfolgte, nämlich ihn zum Schweigen zu bringen und andere Menschenrechtsverteidiger davon abzubringen (eine Verletzung von Artikel 18 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 1).

## Frankreich

---

### **Studie: Wie junge Musliminnen vom Kopftuchverbot profitieren**

In Frankreich ist seit 2004 das Tragen eines Schleiers an öffentlichen Schulen nicht mehr erlaubt. Eine gross angelegte Studie zeigt nun, wie junge Musliminnen davon profitierten.

Jetzt sorgt eine neue Studie der „Paris School of Economics“ für Klarheit. Sie zeigt auf, dass das seit 2004 an den französischen Schulen herrschende Kopftuchverbot einen eindeutig positiven Effekt hatte: Es wirkte für junge Musliminnen

wie eine Bildungsoffensive und förderte gleichzeitig deren Integration.

Konkret gingen die Autoren der Frage nach, ob das Verbot religiöser Symbole an Schulen „ein Zeichen von Intoleranz ist, das muslimische Schülerinnen daran hindert, am regulären Schulunterricht teilzunehmen, oder ob es stattdessen ihre akademische Integration fördert“, wie der Studienleiter schreibt.

In der Studie verglichen Wissenschaftler die Schulabschlüsse von in Frankreich geborenen Musliminnen und Nicht-Musliminnen vor und nach Einführung des Schleierverbots.

Dabei zeigte sich: Seit Verhüllungen aller Art nicht mehr erlaubt sind, holen die muslimischen Schülerinnen auf – bei den



Schulabschlüssen hat sich ihr Rückstand auf die nichtmuslimischen Kolleginnen von 13,4 Prozent auf 6,8 Prozent halbiert.

Besonders gross war der Effekt bei Mädchen und jungen Frauen, die aus sehr traditionellen Familien und deren Väter aus dem Maghreb oder dem Mittleren Osten stammen. Bei Vätern aus afrikanischen Ländern war der Unterschied deutlich geringer.